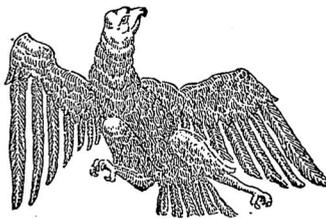


### Abonnements

werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen.  
 Bezugspreis monatlich 1,60 Reichsmark zuzügl. Postgeb.  
 Das Teltower Kreisblatt erscheint täglich, außer an Sonntagen und Feiertagen.  
 Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Köhnewitzstr. 87.



### Anzeigen

werden im Verlage: Berlin W 35, Köhnewitzstr. 87, von unseren Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen.  
 Die 6spaltige Millimeterzeile oder deren Raum kostet 14 Pfennig, die 3spaltige Kleinzeile im Reklamefeld und an der Spitze des Blattes 1,25 Reichsmark.  
 Abonnenten erhalten auf Familienanzeigen 25 Prozent Rabatt.  
 Kl. Anzeigen: Das Wort 10 Pf., fette Wörter 20 Pf.

# Teltower Kreisblatt

Fernsprech-Anschluß:  
 Sammel-Nr. B 2 Bülow 671.

Täglich erscheinende Zeitung.

Postfachkonto:  
 Berlin 1519 51.

Nr. 34.

Berlin, Donnerstag, den 9. Februar 1933.

78. Jahrg.

## Reichstanzler Hitler über seine Mission

Berlin, 9. Februar.

Reichstanzler Adolf Hitler empfing Vertreter führender deutscher Tageszeitungen. Der Berliner Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ berichtet darüber u. a.:

Der Reichstanzler legte ein grundsätzliches und sehr betontes Bekenntnis zur Pressefreiheit ab mit der Begründung, daß eine täglich und persönlich lokale Kritik auch von ihm anerkannt werde. Hitler drückte in diesem Zusammenhang sein Bedauern darüber aus, daß trotzdem sehr scharfe allgemeine Bestimmungen gegen die Pressefreiheit notwendig geworden seien. Das Verhalten einzelner Organe der Linken habe ihn aber dazu veranlaßt.

In der Ansprache fand ferner der tiefe Glaube des Kanzlers an die politische Mission der neuen Reichsregierung seinen Niederschlag. In diesem Zusammenhang zog Hitler eine historische Parallele zu der Zeit 1860—1870, in der sich auch gewaltige Ereignisse vollzogen hätten, ohne daß ein Teil der deutschen öffentlichen Meinung die Dinge immer richtig beurteilt habe.

Auch die Bedeutung der gewaltigen Persönlichkeit Wagners, dessen 50. Todestag am kommenden Sonntag von der Reichsregierung in Leipzig und Weimar feierlich begangen werde, sei erst spät allgemein anerkannt worden.

Hitler unterzog ferner die gegenwärtige politische Lage einer kurzen Unterfuchung und wies in diesem Zusammenhang darauf, daß gegen die Regierung Hitler eine Mehrheit zustande kommen könnte, die aber rein negativen Charakter hätte. Die einzige Mehrheit, die zu positiver Leistung imstande sei, sei die, die sich zu der amtierenden Reichsregierung betenne.

Der starke Glaube, von dem der Reichstanzler durchdrungen ist, kam noch in verschiedenen anderen Wendungen zum Ausdruck. So betonte Hitler u. a., daß er sein Amt erst aufgeben werde, wenn er die Ueberzeugung habe, daß seine Mission erfüllt sei. Der deutschen öffentlichen Meinung könne er versichern, daß es in zehn Jahren keinen Marxismus in Deutschland mehr gebe.

Wichtigend erklärte Hitler, daß er immer nur das tun werde, was er für die deutsche Zukunft als notwendig ansehe. Er sei bereit, deshalb auch jede Unpopularität auf sich zu nehmen, „und wenn mich die ganze Nation mit Steinen bewerfen sollte.“

Der Pressvertreter bemerkt zu den Ausführungen des Reichstanzlers: „Das politische wesentliche an den Ausführungen Hitlers scheint uns vor allem sein starkes Bekenntnis zu der Mission des amtierenden Reichskabinetts zu sein. Wir glauben daraus schließen zu können, daß Hitler persönlich entschlossen ist, die am 30. Januar geschlossene Kampfgemeinschaft auch über den 5. März hinaus, fortzuführen.“

### Wirtschaftsfragen im Reichskabinett

Berlin, 9. Februar.

Das Reichskabinett beriet am Mittwochnachmittag eine Reihe finanz- und wirtschaftspolitischer Fragen sowie Maßnahmen zur Bänderung schwerer wirtschaftlicher und sozialer Schäden. Die Beratungen hierüber werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Das Kabinett verabschiedete eine Verordnung, die die Aufnahme von Darlehen der Gemeinden für die Arbeitsbeschaffung ermöglichen soll. Es ist nämlich die Befreiung aufgetreten, daß die Darlehnsaufnahme durch die

### Amtliches.

Weitere amtliche Bekanntmachungen sind im Inzeratenteil dieser Nummer veröffentlicht.

L. 559/33. Neuerer Schutz der Sonn- und Feiertage.

Die Ortspolizeibehörden weisen ich auf den Kundenauftrag des Herrn Ministers des Innern (R. d. R.) vom 26. Januar 1933 — II. E. 5503 III/32 — besonders hin und ersuche um genaue Beachtung.

Berlin, den 6. Februar 1933.

Der Landrat des Kreises Teltow. J. W. Schröder.

V. A. 43/33. Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Reichsversicherungsamts hat der Vorstand der Schmiede-Berufsgenossenschaft (Reichsunfallversicherung) in Berlin-Dahlem Herrn Rudolf Cyrus in Gotha, Reichardbrunnstraße 26, als technischen Aufsichts- und Rechnungsbeamten mit Wirkung vom 1. Dezember 1932 ange stellt.

Berlin, den 1. Februar 1933.

Der Vorsitzende des Versicherungsamts des Kreises Teltow. J. W. Schröder.

Auflösung der Gemeindevertretungsräte in Stottern geraten könnte. Darum wird grundsätzlich festgestellt, daß die Entscheidung bis zur Feststellung des Wahlergebnisses vorbehalten bleibt.

### Dr Ernst bleibt Bankenkommisfar

In der Presse sind verschiedentlich unklare Darstellungen im Zusammenhang mit dem Ausscheiden des Staatssekretärs Dr. Ernst aus seinem Amt als kommissarischer Leiter des preußischen Handelsministeriums enthalten. Von unterrichteter Seite wird betont, daß Dr. Ernst selbstverständlich sein Amt als Bankenkommisfar beibehält.

### Selbte Leiter der Jugendberufshilfe

Berlin, 9. Februar.

Wie verlautet, wird Reichsarbeitsminister Selbte, der auch das Amt des Bankkommisfars für den Arbeitsdienst übernimmt, in den nächsten Tagen zum Reichskommisfar für die Jugendberufshilfe ernannt werden. In der Hand des Arbeitsministers sind dann alle Aufgaben vereinigt, die sich mit der Betreuung der erwerbslosen Jugendlichen befassen.

### Die unrichtige Auflösung

Zweite Klage Preußens beim Staatsgerichtshof

Berlin, 9. Februar.

Die Regierung Braun hat eine zweite Klage beim Staatsgerichtshof fertiggestellt, die am Mittwoch in Leipzig überreicht worden ist. Es handelt sich um eine Klageschrift des Staatsministeriums bzw. des Freistaates Preußen gegen das Deutsche Reich und den Reichskommisfar für das Land Preußen, von Papen, wegen der Auflösung des Preußischen Landtags. Die Klageschrift richtet sich gegen die nach Aufhebung der Staatsregierung verfassungswidrige Auflösung des Preußischen Landtags mit dem Antrag, daß der Staatsgerichtshof entscheiden wolle:

1. Die am 6. Februar durch den Reichskommisfar von Papen und den Präsidenten des Preußischen Landtags, Herrl. ausgeprochene Auflösung des am 24. April 1932 gewählten Preußischen Landtags steht mit der Reichsverfassung und der preußischen Verfassung nicht im Einklang und ist daher unzulässig.

2. Der Reichskommisfar für das Land Preußen durfte eine Neuwahl zum Preußischen Landtag nicht anderaumen; die von ihm andereraunte Neuwahl ist unzulässig.

Der Klageschrift ist eine ausführliche Begründung beigegeben.

### Württemberg und Preußenklage

Die Württembergische Regierung wird, wie das dem Staatspräsidenten Dr. Bolf nahegelegene „Deutsche Volksblatt“ (Zentrum) berichtet, in den neuen Konflikt zwischen Reich und Ländern nicht aktiv eingreifen. Sie habe sich nach dem 20. Juli vergangenen Jahres eine weitgehende Zurückhaltung auferlegt, ohne dabei die nachdrückliche Vertretung der Landesinteressen außeracht zu lassen. Sie werde auch jetzt ein aktives Vorgehen der alten preußischen Regierung und den preußischen Landtagsparteien überlassen.

### Haltung der bayerischen Staatsregierung

Die in der Presse auftauchenden Nachrichten über die Haltung der bayerischen Staatsregierung zu der durch die Notverordnung vom 6. Februar geschaffenen Lage werden an zuständiger bayerischer Stelle als Kombinationen ohne irgendwelche Grundlage bezeichnet. Ueber das weitere Vorgehen der bayerischen Staatsregierung werde strengstes Stillschweigen gewahrt. Bayern werde im geeigneten Augenblick die ihm richtig erscheinenden Schritte unternehmen.

### Keine Eisenverbindung der Rechten?

Berlin, 9. Februar.

Von deutschnationaler Seite wird demontiert, daß eine Vorstandssetzung der Deutschnationalen Volkspartei sich mit der Frage eines Zusammengehens der Parteien und Gruppen vor der Rechten beschäftigen habe. Es wird hinzugefügt, daß der Vorstand erst am Sonnabend zusammenetrete, und daß man die Möglichkeit einer solchen Vereinigung schon aus technischen Gründen mit Rücksicht auf die für die Wahl vorgeschriebenen Fristen nicht für möglich halte.

### Eisenverbindung Staatspartei-SPD

Berlin, 9. Februar.

Der Parteiauschuß der Sozialdemokratischen Partei stimmte der vorgeschlagenen Eisenverbindung zwischen SPD und Deutscher Staatspartei zu. Bei dieser Eisenverbindung, so wird betont, handele es sich um eine rein technische Maßnahme; die Staatspartei bleibt selbständig.

Der Parteiauschuß hat weiter beschlossen, die seitherige Reichs- bzw. Landesliste für die bevorstehenden Wahlen beizubehalten und stimmte schließlich zu, daß der Parteitag der für den 12. März festgesetzt war, um 14 Tage auf den 26. März verschoben wird. Tagungsort bleibt Frankfurt am Main.

### Aufruf des Zentrum-Arbeiterbeirates

Der Reichsarbeiterbeirat der Zentrumspartei erklärt anfänglich der kommenden Reichstagswahl einen Aufruf an die christliche Arbeiterschaft, in der er u. a. auf die Rolle des Zentrums bei den jüngsten innerpolitischen Ereignissen in Deutschland eingeht. Die deutsche Zentrumspartei, so heißt es, habe sich in den letzten Tagen erneut als Hort der Lebensrechte des arbeitenden Volkes erwiesen.

### Die Stimmabgabe auf der Leipziger Messe

Keine Beeinträchtigung der Messebesucher.

Berlin, 9. Februar.

Da am 5. März, dem Tage der Reichstagswahl, gleichzeitig auch die Leipziger Messe beginnt, ist in den an der Messe interessierten Kreisen eine gewisse Besorgnis entstanden. Man befürchtet eine Beeinträchtigung des Eröffnungsgeschäftes durch die Reichstagswahl.

Von zuständiger Seite wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in der Vorbereitung des Reichsinnenministers über die Durchführung der Wahl auch Bestimmungen enthalten sind.

Die die Stimmabgabe auf der Leipziger Messe regeln. Entsprechend den Bestimmungen für die Stimmabgabe im Reiseverkehr werden bestimmte Stimmlokale für die Messe eingerichtet werden, die den ganzen Tag für Wahlberechtigte mit Wahlscheinen zur Verfügung stehen.

### Hochwasser der Oder

Weite Strecken überschwemmt.

Ratibor, 9. Februar.

Die Oder ist bis zu einem Pegelstand von vier Metern gestiegen. Das Hochwasser steigt weiter. Die Niederungen oberhalb und unterhalb von Ratibor stehen bereits auf weite Strecken unter Wasser. Infolge des starken Eisganges wurden zwei Holzbrücken über die Malapane, einen Nebenfluß der Oder, zerstört.

### Das linksseitige untere Negebruch betroffen.

Während sich die Hochwasserfahrplananlagen für das rechtsseitige untere Negebruch mit dem Randanfall und dem großen Schöpfwerk bei Zantoch sich jetzt gut bewähren, müssen die Gemeinden links der Nege wieder alle Stie des Hochwassers ausstoßen.

Die Gemeinden Annenau, Marienweide, Eipfeschbruch stehen unter Wasser, das südlich bis Eipfe an den weingesühteten Deich, der leider noch keinen Anschlag an den Polyhöhener Deich gefunden hat, reicht. Ebenso haben die Gemeinden Louisenau und Polyhöhener Holländer stark unter Hochwasser zu leiden. Seit zehn Jahren haben die Gemeinden um Eipfe, linksseitig der Nege, Hochwasser.

Die Bemohrerenschaft hat deshalb an maßgebender Stelle beantragt, die Gemeinden durch Eindeichung vor dem ewigen Hochwasser zu schützen, um dadurch 200 Weßiger, die an und für sich schon durch die hohe Belastung einen schweren Existenzkampf führen, vor dem sicheren Untergang zu bewahren.

### Arbeitsmarktlage unverändert

Annahme in Berlin — Zunahme in der Provinz.

Die Zunahme an Arbeitssuchenden mit insgesamt 519 Personen bis zum 31. Januar blieb gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres (5028) in der Gesamtzahl erheblich zurück.

Die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden (903 785) erhöhte sich um 519 Personen auf 904 304 Personen. Davon entfielen auf Berlin 668 373 (670 451), Brandenburg 220 436 (215 726) und Grenzmarkt Posen-Westpreußen 18 495 (17 608).

An Unterstützungsbezieher waren in der Arbeitslosenversicherung 140 720 (129 877) Personen zu verzeichnen, davon in Berlin 85 247 (81 591), Brandenburg 50 383 (43 805) und Grenzmarkt Posen-Westpreußen 5090 (4481). In der Kriegsjahre betragen die entsprechenden Zahlen für Berlin 167 781 (161 528), Brandenburg 47 334 (44 464), Grenzmarkt Posen-Westpreußen 4450 (4058), zusammen 219 515 (210 040) Personen. Wohlfahrtsverwerbslose wurden am 31. 1. 1933 als vorläufiges Ergebnis im Gebiete des Landesarbeitsamts Brandenburg 329 906 gezählt, davon von Berliner Arbeitsämtern 256 430. (In Klammern die Zahlen vom 15. 1. 1933).







Frankreich unbelehrbar
Paul-Boncour beharrt auf seinem Plan.

Genf, 9. Februar.

Die mehrtägige Debatte im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz wurde mit einer fünfteiligen Rede von Paul-Boncour abgeschlossen.

Es ist besonders bemerkenswert, daß Frankreich an seiner Auffassung über die Sicherheitsfrage ohne jedes Entgegenkommen festhält, obwohl die Mehrheit der Abrüstungskonferenz ganz klar zu erkennen gegeben hat, daß die französischen Forderungen von der Konferenz nicht angenommen werden können.

Allgemein besteht der Eindruck, daß der französische Delegierte die Verantwortung für ein eventuelles Scheitern der Abrüstungskonferenz denjenigen Mächten zuschieben wollte, die allzu klar zu erkennen gegeben haben, daß sie auf die französische Sicherheitsforderung nicht eingehen wollen.

Polen leckt ein

Warschau, 9. Februar.

Der polnische Außenminister Beck erklärt zur Stellungnahme Bolens in den letzten Genfer Abrüstungsverhandlungen.

Kein deutsches Entgegenkommen

Abbruch deutsch-belgischer Kohlenverhandlungen.

Brüssel, 9. Februar.

Die vor einiger Zeit zwischen Vertretern des Ruhrkohlenpools und den Delegierten des belgischen Bergbauvereins begonnenen Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-belgischen Kohleabkommens sind abgebrochen worden.

Das deutsch-belgische Abkommen ist am 31. Januar d. J. abgefallen, und die belgischen Kohlengeher hatten daraufhin in neuen Besprechungen eine weitere Herabsetzung der deutschen Kohleneinfuhr gefordert.

Ein reiches Leben

Zum Tode des Grafen Apponyi.

Budapest, 9. Februar.

Mitten aus der politischen Arbeit heraus hat die Grippe den 84jährigen Grafen Albert Apponyi weggerafft. Trotz seiner hohen Jahre war er in Genf als Führer der ungarischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz eine der im Vordergrund aller diplomatischen Aktionen stehenden Persönlichkeiten, wie er es in den zehn Jahren, in denen er sein Land im Völkerbund vertritt, eigentlich immer gewesen ist.

Seine umfassende Kenntnis einer großen Anzahl von Sprachen, seine außerordentliche Rednergabe und seine starke Persönlichkeit ließen ihm wie selbstverständlich ein Ansehen, das in keiner Linie seinem Lande zugute kam, das er aber auch für die Sache der Minderheiten immer wieder mit fähigstem Erfolg eingekämpft hat.

Dieser Kampf für die Minderheiten ist zugleich einer der bemerkenswertesten Wendepunkte in dem an Spannungen und auch an Umschwüngen reichen politischen Leben Apponyis. Er hat vor dem Kriege die Magyarisierung der in Ungarn lebenden Minderheiten mit einer Schärfe betrieben, die ihn in schwere Kämpfe führte und die Erkenntnisse, die er aus den unerträglichen Ergebnissen der Friedensverträge gezogen hat, haben ihn dann in eine ganz andere Richtung geführt.

Pariser Initiative

Plan einer französischen Wirtschaftskonferenz.

Paris, 9. Februar.

Daladier beschäftigt, in Kürze eine französische Wirtschaftskonferenz einzuberufen, die zum allgemeinen politischen Programm der Regierung gehört.

lungen, der französische Abrüstungsplan sei als Diskussionsgrundlage sehr wertvoll gewesen, aber es habe sich gezeigt, daß die Ansichten immer weiter auseinandergingen, je weiter man die Beratungen auf politische Fragen ausdehnte.

Dies ergebe sich auch aus den Erklärungen der Vertreter Italiens, Belgiens, Englands und Deutschlands. Es zeige sich jedoch die Möglichkeit, wenigstens ein befriedigendes, aber reales Programm als Abschluß der ersten Etappe der Konferenzarbeiten zu verwirklichen.

Der rechtsstehende „Kurjer Warszawski“ bedauert, daß die polnische Improvisation den Eindruck eines Gegenstückes zwischen der Pariser und der Warschauer Politik entstehen ließe. Die regierungstreuenlichen Wäiter, „Kurjer Poranny“ und „Gepreh Poranny“, weisen den Vorwurf zurück, daß Polen aus Furcht vor der Erfüllung der Grenzfrage von dem französischen Sicherheitsplan abgerückt sei.

planes, womit ihrer Ansicht nach ein erster entscheidender Schritt zur Finanzsanierung getan sein würde. Hierauf gedekte die Regierung, sich den eigentlichen Wirtschaftsaufgaben zuzuwenden.

Als überzeugter Anhänger des Freihandelsgedankens werde der Ministerpräsident sich bemühen, die Beziehungen zwischen Frankreich und seinem kolonialen Reich zu fördern. Die Regierung werde versuchen, die Verteilung der nationalen Produktion sowohl in Frankreich als auch in seinen verschiedenen kolonialen Besitzungen zu erleichtern.

Zu diesem Zweck studiere sie die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz. In einigen Tagen werde eine vorbereitende Kommission gebildet werden, die die Bedingungen, unter denen die Konferenz zusammentreten könnte, prüfen solle. Der Ministerpräsident wolle bei der Durchführung seines Planes nicht nur dem Ergebnis der französischen sondern auch den Ergebnissen der Weltwirtschaftskonferenz Rechnung fragen.

Chronik der Krawalle

Zusammenrottungen im Norden Berlins.

Im Norden Berlins, dem Schauplatz der Nachtmühen des Jahres 1929, wurden in einer Straße um Mitternacht plötzlich sämtliche Straßenlaternen ausgeblüht und ein Schuß abgegeben. In der Straße bemerkte man größere kommunistische Krupps. Um weitere Ausschreitungen zu verhindern, wurde die Straße durch Polizeibeamte geräumt.

Wegen des Feuerüberfalles auf das kommunistische Verkehrslokal „Kappjachtel“ in Friedenau, bei dem die Inhaberin des Lokals tödlich verletzt wurde, ist gegen 15 Nationalsozialisten Haftbefehl erlassen worden.

Vor der Kapitulation

Neuer Junkspruch von der „Sieben Provinzen“.

Batavia, 9. Februar.

Bei den Niederländischen Regierungsstellen ist ein neuer Junkspruch von dem Panzerkreuzer „Sieben Provinzen“ eingelaufen, in dem die Befähigung ihre Kapitulation unter den von ihr früher gestellten Bedingungen anbietet. Weiter werden die Empfänger des Junkspruches gebeten, die übergeordneten Regierungstellen davon zu unterrichten, daß der Meuterei feindlich kommunistische Tendenzen zugrunde lagen und daß die Befähigung keine Gewaltakte beabsichtige, sie habe lediglich gegen die Befehlsgewalt und die Verhaftungen ihrer Kameraden protestieren wollen.

Der Kommandant der „Sieben Provinzen“ war gewarnt.

Batavia, 9. Februar.

Der Panzerkreuzer „Sieben Provinzen“ feht seine Fahrt südwärts in Richtung auf die Insel Engano fort.

Bei der Bevölkerung und namentlich in europäischen Kreisen, hat es Beunruhigung hervorgerufen, daß die Meuterei bereits vier Tage unbehindert längs der Westküste der Insel Sumatra kreuzt. Es sind sogar Befürchtungen laut geworden, daß die Meuterei aus reiner Milderheit in Richtung auf die Insel Engano fortgehen könnten. Auf diese Befürchtung ist vermutlich zurückzuführen, daß im West-Quadrant in der Umgebung der Stadt Serang Abteilungen des Landheeres konzentriert werden.

Erdbebeliches Aufsehen hat eine Meldung erregt, wonach der Kommandant des meuternden Panzerkreuzers mehrere Stunden vor dem Ausbruch der Meuterei die Warnung erhalten habe, daß ernstliche Ereignisse bevorstünden. Er scheint aber diese Warnung als unglaubwürdig betrachtet und in den Wind geschlagen zu haben.

Drei Verletzte in Berlin

Berlin, 9. Februar. In Wilmersdorf kam es Mittwochabend zu einer Schießerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Zwei Männer wurden durch Armschüsse nicht unerheblich verletzt. Ein junges Mädchen erlitt einen Lungenstichschuß.

Kommunistische Druckschriften beschlagnahmt.

Die Politische Polizei konnte in Berlin einen Lastkraftwagen mit 120 000 Stück (etwa 16 Zentner) einer illegalen kommunistischen Druckschrift beschlagnahmen. Die Druckschrift war in einer kleinen Druckerei in Kaffel hergestellt worden. Ferner wurden in der Wohnung des Schlossers Winand Kreis in Berlin etwa 40 000 Exemplare eines kommunistischen Flugblattes beschlagnahmt. Bei einer Durchsichtung in Leipzig wurde ein großer Posten hochverräterischer Schriften der R.P.D. gefunden.

Auffklärung von zwei Mordtaten.

Die Tötung des 27jährigen Arbeiters Martin Leuchter in Harburg am 11. Februar ist durch ein Geständnis eines gewissen Bornemann geklärt worden. Bornemann gibt zu, mehrmals gefesselt worden. Er will-angestraften und durch Bedrohungen von Kommunisten erregt gewesen sein. Der Tod des Schlosserslehrlings Neubauer, der in einem Haus in der Wohnung des Schlossers Leuchter aufgefunden wurde, hat sich als Unglücksfall herausgestellt. Der Schl. Mann Neubauer stellte sich der Kriminalpolizei und erklärte, Neubauer habe ihm im Verkehrslokal einen geladenen Revolver übergeben wollen. Dabei habe sich ein Schuß gelöst, der Neubauer traf.

Politischer Mord in Gladbach-Neyheit?

Der etwa 30 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Effer ist in der Nacht in Gladbach-Neuwerk in der Siedlung Engelbeck mit einem Brustschuß tot aufgefunden worden. Von dem Schützen fehlt jede Spur. Es ist noch nicht geklärt, ob die Tat auf politische Hintergründe zurückzuführen ist. Gemisse Anhaltspunkte bestehen dafür. In der Siedlung Engelbeck hatte sich erst in einer der letzten Nächte ein politischer Zwischenfall ereignet, und zwar war das Haus eines Schl.-Mannes beschlagnahmt worden.

Zwei Todesopfer politischer Zusammenstöße.

Die politischen Zusammenstöße der letzten Tage haben nachträglich zwei weitere Todesopfer gefordert. In Köln ist der Kommunist Radde, der bei der Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in der Nacht zum Montag durch Kopfschuß schwer verletzt wurde, gestorben. In Breslau ist der bei den Zusammenstößen zwischen Polizei und kommunistischen Demonstranten am 31. Januar durch einen Boden-Stichschuß verletzte Arbeiter Richard Kuhmert seiner Verletzung erlegen.

Keine politische Meldungen

Der König von Schweden, der auf der Durchreise nach dem Süden in Berlin weilte, stattete dem Reichspräsidenten einen privaten Besuch ab.

Der Reichspräsident empfing den von Berlin fliehenden ungarischen Gesandten von Karpa in privater Abschiedsaudienz.

Das englische Unterhaus hat die Gesetzesvorlage über die englische Garantie für die österreichische Anleihe in zweiter Lesung ohne Abstimmung angenommen.

Vom südafrikanischen Finanzminister wurde dem Parlament ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die notwendigen Maßnahmen vorsieht den Kurs des südafrikanischen Pfundes endgültig an den des englischen zu binden.

Demitt des Reichsministers für die Osthilfe.

Der Reichsminister für die Osthilfe stellt zu dem mehrfach vom Berliner „Vorwärts“ gemachten Behauptungen nochmals ausdrücklich fest, daß die Gattin des vormaligen Kaisers weder die Osthilfe in Anspruch genommen noch direkt oder indirekt mit irgend-einer Stelle der Hilfsorganisation Verhandlungen geführt hat.

Ferner hat der Leiter des Finanzamtes Kuppin bereit in seiner Stellungnahme zum Umschuldungsantrag von Quaal-Adenleben noch außerhald dieser Stellungnahme die behaupteten oder ähnliche Ausdrücke über die Umschuldung von Adenleben gebraucht.

Neues amerikanisches Einwanderungsverbot.

Die Einwanderungskommission des amerikanischen Repräsentantenhauses nahm eine Gesetzesvorlage an, die Schiffe verbietet, die gemäß dem Einwanderungsgesetz nicht als Einwanderer zugelassen werden dürfen, nach den Häfen der Vereinigten Staaten zu bringen. Der Zweck der Gesetzesvorlage ist, die Aufnahme chinesischer und japanischer Seeleute zu verhindern, die von ihren Schiffen in amerikanischen Häfen befristeten, um sich unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen in den Vereinigten Staaten niederzulassen.

Columbien und Peru.

In dem Konflikt zwischen Columbien und Peru ist, wie verlautet, eine neue Verschärfung eingetreten. Es heißt, daß Columbien beantragen wolle, der Völkerbundarat möge sich auf Grund des Artikels 15 der Völkerverfassung mit dem Streitfall beschäftigen. Der Völkerbundarat würde demnach wahrscheinlich zu einer außerordentlichen Tagung einberufen werden.

Fristerlängerung für Steuererklärungen

Berlin, 9. Februar.

Die Frist für die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen für die Veranlagung zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer wird über den 28. Februar 1933 hinaus bis zum 15. März 1933 verlängert.

Oberwiesenthal ehrt den Kanzler

Oberwiesenthal, 9. Februar.

Die Stadt Oberwiesenthal im sächsischen Erzgebirge hat Reichstanzler Hitler in der letzten Stadtverordnetenversammlung das Ehrenbürgerrecht verliehen.

MAGGI'S Fleischbrüh-Würfel zur Bereitung vorzüglicher Fleischbrühsuppen

